

Herrn
Alexander Dobrindt
Bundesminister für Verkehr
Und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

4. Mai 2016

Stellungnahme der IHK Saarland zum Bundesverkehrswegeplan 2016

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Wirtschaftskraft unseres Landes hängt entscheidend von der Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur ab. Durch jahrelangen Substanzverzehr befindet diese sich jedoch inzwischen in einem Zustand, der die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes belastet. Wie akut der Handlungsbedarf ist, erleben wir bei uns im Saarland derzeit schmerzlich durch die Vollsperrung der über 50 Jahre alten Fechinger Talbrücke. Umwegfahrten und Zeitverluste belasten das saarländische Transportgewerbe mit erheblichen Mehrkosten. Auch der Handel verzeichnet angesichts der Brückensperrung teils deutlich geringere Kundenfrequenzen und beachtliche Umsatzeinbußen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Ausrichtung des neuen Bundesverkehrswegeplans, mehr Geld in die Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Ebenso wichtig ist aus unserer Sicht aber auch, die **Planungs- und Genehmigungszeiten deutlich zu verkürzen**. Für den Ersatzneubau in Fechingen soll die Planungszeit über zehn Jahre betragen; diese Zeit ist für die betroffenen Unternehmen im Saarland nicht hinnehmbar.

Petition: Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich, sich mit allen Mitteln für kürzere Verfahren in der Planung und der Genehmigung von Infrastrukturprojekten einzusetzen. Beim Ersatzneubau der Fechinger Talbrücke spricht sich die Saarwirtschaft für ein beschleunigtes Verfahren aus. Dazu hat die IHK-Vollversammlung in ihrer Sitzung am 26. April eine Resolution verabschiedet, die wir diesem Schreiben beigelegt haben.

Als stark exportorientiertes Land sind wir auf eine **gute Anbindung an die nationalen und internationalen Verkehrswege** angewiesen. Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes berücksichtigt zwar alle wichtigen Projekte, um derzeit bestehende Engpässe auf Straßen, Wasserwegen und auf der Schiene zu beseitigen. Entscheidend für den Erfolg des neuen Planes wird aber sein, ob die aufgeführten Vorhaben wie vorgesehen umgesetzt und hierfür über die gesamte Laufzeit bis 2030 ausreichend Mittel zur Verfügung stehen werden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es an Planungskapazitäten fehlt. Die Länder werden diese aber nur dann aufstocken, wenn die Erhöhung der Bundesmittel von Dauer ist.

Petition: Die Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan sollten mit einer abgesicherten und auskömmlichen Finanzierung unterlegt werden. Dazu muss der Plan zu einem integrierten Ausbau- und Finanzierungsplan weiterentwickelt werden. Nur so können ausreichend Planungskapazitäten in den Ländern aufgebaut werden.

Prioritäre Projekte für die Saarwirtschaft

Aus unserer Sicht hat die Beseitigung von Engpässen auf der Mosel durch den **Bau der zweiten Schleusenammer besondere Priorität**. Mit einem Güterverkehrsaufkommen von durchschnittlich 16 Millionen Tonnen pro Jahr zählt die Mosel zu den am meisten befahrenen Wasserstraßen in Europa. Das von den Gutachtern für den Schleusenbau ermittelte schwache Kosten-Nutzen-Verhältnis sollte nicht darüber hinwegtäuschen, welchen Effekt der vollständige Ausbau aller zehn Schleusen auf die Transportzeiten und die Liefersicherheit insbesondere für die saarländische Stahlindustrie mit ihren rund 12.000 Beschäftigten hat. Außerdem entlastet der umweltfreundliche Transport mit dem Binnenschiff unsere stark beanspruchten Straßen.

Petition: Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für einen beschleunigten Ausbau der Moselschleusen Koblenz, Lehmen, Müden, St. Aldegund, Enkirch, Wintrich und Detzem ein. Nachdem die Personalkapazitäten beim zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt in Trier erhöht wurden, müssen jetzt ausreichend Investitionsmittel für einen beschleunigten Ausbau bereitgestellt werden. Die Einordnung der Maßnahmen in den vordringlichen Bedarf begrüßen wir sehr. Außerdem verweisen wir auf das Angebot der Länder Saarland, Rheinland-Pfalz und des Großherzogtums Luxemburg, den Ausbau der Moselschleusen bis zum Jahr 2025 durch die Finanzierung von zusätzlichen Ingenieurstellen zu beschleunigen.

Ebenso wichtig für die Anbindung des Saarlandes ist die weitere **Ertüchtigung und Beschleunigung der transeuropäischen Schienenschnellverkehrsverbindung** Frankfurt – Paris über Saarbrücken. Seit der Eröffnung des so genannten POS-Nordastes im Jahre 2007 haben über sieben Millionen Passagiere die Strecke genutzt. Allein in Saarbrücken sind mehr als eine Million Fahrgäste im internationalen Verkehr ein- und ausgestiegen. Die Fahrzeit zwischen Mannheim und Paris beträgt derzeit rund 3 Stunden und 10 Minuten. In einem Interreg-Gutachten unter Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz, Saarland, dem Department Moselle, der Deutschen Bahn AG, SNCF und den Industrie- und Handelskammern an der Strecke wurden Maßnahmen zur Reduzierung der Fahrzeiten auf der Strecke auf unter 3 Stunden untersucht und entsprechende Verbesserungspotentiale aufgezeigt. Die Beschleunigungsmaßnahmen sind notwendig, um die im deutsch-französischen Staatsvertrag von La Rochelle garantierte Gleichwertigkeit mit dem Südast über Straßburg wieder herzustellen. Im aktuellen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans sind die in der Studie ermittelten Maßnahmen als Vorhaben des potentiellen Bedarfs, die in den vordringlichen Bedarf oder den weiteren Bedarf aufsteigen können, eingeordnet.

Petition: Wir sprechen uns dafür aus, die Projektdefinition der einzelnen Maßnahmen abzuschließen und die entsprechenden Ausbauabschnitte in den vordringlichen Bedarf einzustufen. Darüber hinaus bitten wir Sie, auf die französische Regierung einzuwirken, die Ausbaumaßnahmen im Sinne des Staatsvertrages ebenfalls vordringlich zu verfolgen und die notwendigen Investitionsmittel bereitzustellen.

Beim Ausbau der überregional bedeutsamen **Straßenverkehrsachsen** werden im neuen Bundesverkehrswegeplan viele richtige Akzente für eine bessere Anbindung des Saarlandes an das bundesdeutsche Kernnetz gesetzt. Insbesondere gilt dies für die Aufnahme des A 1-Lückenschlusses, des kompletten vierstreifigen Ausbaus der B 10 und der zweiten Rheinbrücke Wörth-Karlsruhe in den vordringlichen Bedarf. Diese Lückenschlüsse und Engpassbeseitigungen im benachbarten Rheinland-Pfalz bzw. in Nordrhein-Westfalen sind für die Logistikbranche

und die exportorientierte Industrie im Saarland von enormer Bedeutung, um besser an die Wirtschaftsräume Rhein-Ruhr und den süddeutschen Raum angebunden zu werden.

Darüber hinaus verbessern die Ortsumgehungen in Saarlouis-Roden (B 51), Nunkirchen (B 268), Fraulautern (B 269), Schwarzenbach und Schwarzenacker (beide B 423) sowie die Verlegungen bei Lebach und Nalbach (beide B 269) den überörtlichen Verkehrsfluss und entlasten gleichzeitig die Ortszentren im sehr dicht besiedelten Saarland.

Petition: Wir sprechen uns dafür aus, die Ortsumgehungen und Verlegungen vordringlich umzusetzen. Außerdem bitten wir Sie, den schon begonnenen Ausbau der A 8 von und nach Luxemburg zügig durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen voranzutreiben. Darüber hinaus setzen wir uns im engen Schulterschluss mit den Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz für zügige Lückenschlüsse und Engpassbeseitigungen in der überregionalen Verkehrsinfrastruktur der beiden Länder ein.

Für grundsätzliche Positionen zum Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans verweisen wir auf die Stellungnahme des DIHK.

Wie wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie, Herr Bundesminister, unsere Anliegen bei Ihren Entscheidungen mit berücksichtigen und sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Bundestagsausschüssen für die nachhaltige Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel und für verkürzte Planungs- und Genehmigungszeiten einsetzen würden.

Mit freundlichen Grüßen

IHK Saarland



Dr. Richard Weber
Präsident



Dr. Heino Klingen
Hauptgeschäftsführer

Anlage:

Resolution der Vollversammlung der IHK Saarland vom 26. April 2016.